



öffentlich

**Betreff:**

Verständigung über die Grundsätze für Wohnungsneubau in Potsdam

Erstellungsdatum 06.06.2007

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.09.2007	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

über die PRO POTSDAM GmbH mit den wohnungspolitischen Akteuren in der Stadt Potsdam (Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften, Vereine und Verbände u.ä.) eine

„Verständigung über die Grundsätze für Wohnungsneubau in Potsdam“

herbeizuführen, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten :

**- Fortsetzung auf Seite 3-**

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Landeshauptstadt Potsdam steht aufgrund der zukünftig erheblich zunehmenden Einwohnerzahl vor der Herausforderung, die planerischen und anderen Voraussetzungen für den Bau von neuen Wohnungen zu schaffen. Das bedarf eines einheitlichen Handelns der wohnungspolitischen Akteure in der Stadt entsprechend den Erfahrungen früherer Aktivitäten (z.B. Stadtumbau-Ost und Masterplanung in einzelnen Stadtteilen), um die zeitgemäße Fortführung bisheriger Konzepte zu gewährleisten bzw. zu korrigieren.

**- Fortsetzung von Seite 1 -**

- der konkreten Auswahl/Bestimmung der Standorte unter Berücksichtigung der sozialräumlichen und demographischen Bedingungen und der damit verbundenen Anforderungen aus den Bereichen Umwelt, Bildung und Sport sowie gesundheitliche Fürsorge,
- der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraumes entsprechend den unterschiedlichen Einkommensverhältnissen ohne Ausschluss sozialschwacher Schichten von der Weiterentwicklung des Wohnungsstandards,
- der Formulierung notwendiger Veränderungen in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen sozialorientierten Wohnungsneubau.

Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2008 – möglichst mit einer Darstellung der mittelfristigen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt – bekannt zu geben.